Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 10.07.2017 **Drucksache 17/17683**

Antrag

der Abgeordneten **Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Herbert Woerlein, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl SPD**

Bericht des Anti-Folter-Ausschusses des Europarats vom 01.06.2017

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen darüber zu berichten, welche Konsequenzen sie aus den Feststellungen des Berichts des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (Anti-Folter-Ausschuss des Europarats) an die deutsche Regierung über den Besuch des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe in Deutschland (CPT) vom 01.06.2017 in deutschen Polizeieinrichtungen, Haftanstalten und Psychiatrischen Einrichtungen vom 25.11. bis 07.12.2015, soweit diese Feststellungen Justizvollzugsanstalten und Einrichtungen in Bayern betreffen, zu ziehen gedenkt.

Begründung:

Der Anti-Folter-Ausschuss des Europarats hat vom 25.11. bis 07.12.2015 u. a. die Polizeiinspektion (PI) Donauwörth, das Polizeipräsidium München, die Justizvollzugsanstalt (JVA) Kaisheim und die Klinik für Forensische Psychiatrie in Wasserburg am Inn besucht und hierbei aus seiner Sicht mehrere Missstände kritisiert, die in einem Bericht festgehalten worden sind, der zusammen mit Empfehlungen, Kommentaren und Auskunftsersuchen an die Bundesregierung übersandt worden ist.

In dem Bericht wird u. a. kritisiert,

- dass in der JVA Kaisheim keine Behandlung von Drogenabhängigen mit Ersatzstoffen angeboten werde und dass sich viele Gefangene in dieser JVA über Vorfälle „rüden und respektlosen Verhaltens und Sprachgebrauchs seitens einiger Mitglieder des medizinischen Dienstes der Einrichtung“ beschwert hätten,
- dass Patienten in der Klinik in Wasserburg während einer Fixierung nicht ständig unmittelbar und persönlich von einem geschulten Mitarbeiter überwacht worden sein sollen,
- dass in der PI Donauwörth Personen, die über Nacht festgehalten wurden, keine Matratzen zur Verfügung gestanden haben sollen.

Da die Zuständigkeit für die Behebung der Kritikpunkte nicht beim Bund, sondern beim Freistaat liegt, soll die Staatsregierung in dem Bericht auch darauf eingehen, was unternommen wurde und wird, um die kritisierten Mängel zu beheben.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.